

Streichkonzert gegen Jugendliche

Oder war die BuGa doch kein wirtschaftlicher Erfolg?

Auf das Sommermärchen Buga folgt nun das Streichkonzert. Das jedoch klingt schon nicht mehr gut, sondern klingt eher als Trauermusik voller Misstöne. In seiner Haushaltsrede vom 16.12.2011 hat der Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ein 17-Punkte-Strukturprogramm für 2012 angekündigt: „Wir dürfen keine Tabus zulassen. Es muss überall gespart werden.“ „Überall“ heißt natürlich nicht bei der Wirtschaftsförderung etc., sondern „überall“ im sozialen Bereich und wohl besonders bei der Jugend. Der Stadtvorstand macht als Sparvorschlag: Pauschalkürzung der freiwilligen Leistungen für Jugendarbeit von 5 Prozent. U.a. sind folgende Einsparungen geplant:

- Die „Zusammenlegung“ bzw. Schließung von Jugendhäusern soll geprüft werden.
- Bei der Mittagsverpflegung an Schulen soll der Eigenanteil erhöht werden.
- Die Grenze zur Übernahme der Schülerbeförderungskosten soll von 2 km auf 4 km angehoben werden
- usw.

Bei diesem ‚Streichkonzert‘ droht dem ‚Haus Metternich‘, der offenen Anlaufstelle für Jugendliche mitten in der Stadt, die Schließung.

Das alles hindert den Oberbürgermeister nicht daran, auf eine Rhetorik zurück zu greifen, die genau das Gegenteil von dem sagt, was gerade politische Praxis ist. Massive Eingriffe in die Zukunft Jugendlicher werden geplant und gleichzeitig wird vollmundig verkündet: „Natürlich ist unsere Jugend unsere Zukunft. Deren Chancen gilt es zu sichern.“

Offensichtlich sind dem Oberbürgermeister Jugendliche nicht um ihrer selbst willen wichtig, sondern nur weil sie „unsere Zukunft“ sind. Vor allem spielt er nach der alten bekannten ‚Streichweise‘ des Sozialabbaus Gruppen gegeneinander aus, die Anspruch auf Förderung haben. Diesmal heißt es Junge gegen Alte – und das auch noch im Namen der ‚Humanität‘; denn so lässt der OB verlauten: Eine mit der Zukunftssicherung Jugendlicher „verbundene Vernachlässigung der Älteren wäre aber inhuman und töricht. Auch die Älteren wollen ihren Platz inmitten des gesellschaftlichen Lebens. Deshalb müssen wir die Interessen aller Generationen gleichberechtigt würdigen.“

„Gleichberechtigt würdigen“ kann doch wohl in diesem Zusammenhang nur heißen „gleichberechtigt“ kürzen. Diese Form der Gleichberechtigung wird zu einer Form der Gleichberechtigung im Sozialabbau. Dazu gibt es dann ja wieder einmal keine Alternative. Und so folgt die Diskussion, bei welchen Gruppen gekürzt werden kann verbunden mit der Debatte, wer mehr oder weniger der Förderung ‚würdig‘ ist. Die alte zynische Debatte über ‚würdige‘ und ‚unwürdige Arme‘ wird auf neuem Niveau aufgelegt.

Fragt sich nur, was aus der Wirtschaftskraft geworden ist, die versprochen worden ist. Der ehemalige OB Schulte-Wissermann hatte getönt, der städtische Anteil von 28 Millionen Euro (für die BuGa) werde mindestens die zehnfache Menge an Wirtschaftskraft entfalten. Man sagte auch, dass der neue Zentralplatz jährlich rund 600.000 Menschen anziehen werde. Dies sei sogar durch diverse Gutachten belegt und eine Riesenchance für Koblenz. Deshalb müsse in Kultur investiert werden, zumal jeder Tagestourist 30 bis 40 Euro in der Stadt lasse.

Bei dem wirtschaftlichen Erfolg der BuGa und den in Aussicht stehenden Erfolgen der Investitionen in „einzigartige Projekte“ müsste entsprechend der Ankündigungen doch das Geld im Stadtsäckel sprudeln. Statt dessen heißt es jetzt Streichkonzert mit dem Versuch, Gruppen, die von Streichungen betroffen sind, gegeneinander in Stellung zu bringen – ganz nach der Devise ‚Teile und streiche!‘.

Oder offenbart sich im Streichkonzert eine andere Wahrheit über die Stadt? Die „einzigartigen Projekte“ haben die Stadt noch tiefer verschuldet. Nun sitzt sie noch perspektivloser in der Schuldenfalle. Die Zeche zahlen Menschen, die auf Förderung angewiesen sind. Wo aber im sozialen Bereich gespart wird, da werden soziale Probleme schnell in Sicherheitsprobleme verwandelt. Dafür hält dann das Ordnungsamt die bekannten Rezepte und Sprüche bereit.

„Auf der Karthause gibt es Krawall.“ - „Immer mehr junge Schängel ohne Perspektive“ - „Altstadt-Gastronomen planen City-Streife“ - "Eltern sollen mit Kindern über Alkohol reden"... Das sind nur einige Schlagzeilen der ‚Rhein-Zeitung‘ aus den letzten Monaten. Die Mittel, die nötig sind, um Fehlentwicklungen präventiv zu begegnen, reichen nicht aus und sollen nun auch noch gekürzt werden. Glauben denn die politisch Verantwortlichen in der Stadt im Ernst, man könne mit mehr Ordnungskräften, Polizei oder sogar mit privaten Wachdiensten soziale Probleme lösen und das auch noch ‚kostengünstig‘? Um es einmal mit ‚Politikermund‘ zu sagen: Es gibt keine Alternative zur Stärkung der Jugendarbeit, zur Ermöglichung von Begegnung und sinnvollen Beschäftigungen in der Freizeit...

Peter Weinowski/Herbert Böttcher
(Steg/pax christi/Ökumenisches Netz)